

**UZ**  
Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

Januar 2018

# notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Wie zu Schröders Zeiten

## SPD und Grüne verraten Mieter durch höhere Steuern

**Trotz über 10.000 Unterschriften gegen die Erhöhung der Grundsteuer B haben SPD und Grüne mit knapper Mehrheit im Rat die Steuererhöhung beschlossen. Diese beiden Parteien treten den Willen der Bevölkerung mit Füßen! Es ist ein Verrat an den Mietern und Eigenheimbesitzern, denen immer höhere Belastungen aufgebürdet werden.**

Ab Januar steigt die Grundsteuer um 90 auf 680 Punkte. Dies bedeutet eine Erhöhung von 15 Prozent und ist zutiefst unsozial. Für arme Menschen wird die Miethöhe in Bottrop zu einer immer größeren Belastung und immer weniger bezahlbar.

Zum 1. Oktober wurde bereits der Mietspiegel um sechs Prozent angehoben. Inzwischen haben die großen Wohnungsgesellschaften diesen Spielraum ausgenutzt und Mieterhöhungen vorgenommen. Hinzu kommen die Steigerungen der Kosten für die Müllabfuhr, die Straßenreinigung, den Winterdienst und die Abwassergebühren.

Die Bürgerinitiative, angestoßen von der DKP, hat die Unterstützung vom Mieterschutzbund, dem Mieterverein Rhein-Ruhr, Haus&Grund sowie der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung erhalten. Zahlreiche inhabergeführte Einzelhandelsgeschäfte haben die Unterschriftenlisten ausgelegt und sich mit der Aktion solidarisiert. Sehr viele Bürger sind selbst aktiv geworden, haben sich die Listen aus dem Internet heruntergeladen oder sie an Info-Ständen mitgenommen. Mit großem Engagement

haben die Bürger selbst in ihrer Nachbarschaft, bei Bekannten und Freunden Unterschriften gesammelt. Auch viele Mitglieder der SPD waren darunter. Eine so breite Bewegung gegen die Erhöhung der Grundsteuer hat es im Ruhrgebiet bisher nicht gegeben. Am Ende waren es genau 10.300 Unterschriften. Das Einlenken der SPD, die Grundsteuer statt um 140 Punkte jetzt um 90 Punkte zu erhöhen, hätte es ohne den öffentlichen Druck nicht gegeben.

Statt noch mehr bei Soziales, Bildung, Jugend, Kultur und Personal zu sparen, fordert die DKP, die Fessel des Stärkungspakts abzustreifen.

Im Stärkungspakt Gesetz heißt es im Artikel 8 Absatz 2 nämlich: „Bei nicht absehbaren und von der Gemeinde nicht zu beeinflussenden erheblichen Veränderungen der finanziellen Situation der Gemeinde kann die Bezirksregierung eine Anpassung des Haushaltssanierungsplans genehmigen.“

SPD und Grüne haben nicht den Mut und den Willen eingebracht, den Konflikt mit der Bezirksregierung zu riskieren. Der Griff in die Taschen der Bürger war einfacher! Das werden die Bürger der SPD und den Grünen nicht vergessen!

**Michael Gerber, Tel.: 96227**



**Die DKP bedankt sich bei allen Bürgern, die den Protest gegen die Steuererhöhung unterstützt haben!**

**Sprechstunden  
der  
DKP-Ratsgruppe:**

**Montag &  
Donnerstag  
15.00 -  
17.00 Uhr  
im  
DKP-Büro  
Germania-  
straße 54**

\*

**Telefon:  
68 81 57**

\*

**Internet:  
www.dkp-  
bottrop.de**

**und bei  
Facebook**



Eine Liste mit den vermutlich Betroffenen wurde bei einer Demonstration ausgerollt - sage und schreibe über 3.000 Namen sind dort zu lesen!!

\*\*\*



„Manche Reichen gehen über Leichen“ steht auf dem Schild, das Irmgard Bobrzik, Ratsvertreterin der DKP, bei der Demonstration an der Alten Apotheke trägt.

Gespräch mit Betroffener

## Der Apotheker-Skandal war vermeidbar

Die DKP sprach mit Frau Christiane Piontek, die über die Alte Apotheke Medikamente für die Chemotherapie bezog und als Nebenklägerin am Prozess gegen Peter Stadtmann zugelassen ist. „Wir hatten uns mehr Unterstützung durch die Politik und die Stadt gewünscht“, äußert sie sich. Auch eine mangelnde Information durch die behandelnden Ärzte ist für die Betroffenen ein großes Problem.

Nach einem Jahr Ermittlungsarbeit steht seit November endlich der Bottroper Apotheker Peter Stadtmann in Essen vor Gericht. Die Anklage wirft Stadtmann vor, zwischen 2012 und 2016 in 61.800 Fällen Krebsinfusionen gestreckt und einen Abrechnungsbetrag von 56 Millionen Euro begangen zu haben. Tausende Krebspatienten haben nicht die verordneten Infusionen über die Alte Apotheke erhalten. In Bottrop kennt fast jede Familie Betroffene oder Angehörige die Krebsmedikamente von dort bezogen haben. Für die Opfer ist es schwer auszuhalten, dass gegen Peter Stadtmann nicht wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todesfolge, sondern nur wegen Abrechnungsbetrag verhandelt wird.

2012 wurden landesweit die Apotheken zur Herstellung von Krebsinfusionen unangemeldet kontrolliert. Das Bottroper Gesundheitsamt hat die Alte Apotheke „aus datenschutzrechtlichen Bedenken“ nicht zur Kontrolle angemeldet. Es besteht der Verdacht, dass die guten Verbindungen von Stadtmann dafür gesorgt haben. Auch sonst hat die Stadt nicht alles unternommen, um den betroffenen Krebspatienten und Angehörigen zur Seite zu stehen. Seit dem 10. Februar war die Stadt im Besitz der kompletten Liste von gepanschten Medikamenten. Erst im Juli wurde diese Liste von der Stadt veröffentlicht und damit das ganze Ausmaß des Apotheker Skandals bekannt. „Über diese späte Information waren wir Betroffenen sehr sauer“, äußerte sich Frau Piontek.

Das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Apothekenaufsicht haben Christiane Piontek und ihre Mitstreiterinnen verloren. Ihre Forderung für die Zukunft ist, dass die Labore in den Kliniken verantwortlich für die Herstellung der Krebsinfusionen werden, da dort eine bessere Kontrolle gewährleistet ist.

Stolz kann Bottrop sein auf Marie Klein und Martin Porwoll, die den Apothekenskandal öffentlich gemacht haben und dafür den Deutschen Whistleblower-Preis erhalten haben. Christiane Piontek und ihre Mitstreiterinnen werden auch weiterhin dafür eintreten, dass die notwendigen Konsequenzen aus dem Skandal gezogen werden. Jeden zweiten Mittwoch im Monat finden am Treffpunkt an der Alten Apotheke ab 17:30 Uhr Kundgebungen statt.

**Michael Gerber, Tel.: 9 62 27**

## Keine Werbung



**BOTTROP**

WIE ES GESTERN WAR

KALENDER 2018

FOTOGRAFIEN AUS  
DEN BILD-MUSEUM

KLARTEXT

Vor Jahreswechsel habe ich mir den Kalender „Bottrop 2018“ aus dem Klartext-Verlag beim Buchhändler meines Vertrauens gekauft. Die bekannt gute Wiedergabe von Schwarz-Weiß-Fotos aus den 70er-Jahren wurde bei dieser Ausgabe noch dadurch getoppt, dass mindestens vier Fotos dabei sind, die bei Aktionen der DKP aufgenommen wurden. Hier kann man sehen, dass von den Kommunisten nicht nur politisch gearbeitet, sondern auch Beiträge zur Stadtkultur geleistet wurden – und werden. Eine große Kaufempfehlung also, vielleicht erkennt sich der oder die eine oder andere ja auf den Bildern wieder!

Jörg Wingold, Tel.: 68 59 11

## Werbung

## Das alte Wappen von Bottrop

Nur noch wenige – kostenlose – Aufkleber mit dem alten Bottroper Wappen sind bei der DKP zurzeit vorhanden. Außerdem gibt es Tragetaschen aus Baumwolle für 1.- Euro, Anstecker für 2.- Euro und T-Shirts für 10.- Euro – alle mit dem Wappen. Zusätzlich haben wir einige Fahnen für Fahnenmasten beschafft, die dann allerdings für 20.- Euro verkauft werden. Das soll erst einmal ein Test sein, falls die Flaggen gut verkauft werden, sollen noch mehr angeschafft werden. Alles erhältlich im DKP-Büro und an Infoständen, die Fahnen nur auf Anforderung.

Jörg Wingold, Tel.: 68 59 11



## Sich regen braucht Schutz

## Skater erhalten einen Unterstand

Die Skaterbahn im Ehrenpark wird nach dem Bau der Lärmschutzwände wieder rege genutzt. Im Gespräch mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen und dem ehrenamtlichen Betreuer der Bahn, Herrn K., stellte sich heraus, dass der Zugang zum Platz für ältere Zuschauer mit einem Geländer gesichert werden muss und dass die Skater bei Regen einen Unterstand brauchen.

DKP-Bezirksvertreter Manfred Plümpe hat diese Anregung in der Bezirksvertretung-Mitte vorgetragen. Daraufhin hat der Leiter der Organisation des Grünflächenamtes die Skateranlage besucht und bereits den Standort für einen Regenschutz eingeplant. Inzwischen sind die Baukosten im Haushalt der Bezirksvertretung eingestellt, die Art des Unterstands beschlossen und das Geländer auch schon angebracht.

Manfred Plümpe, Tel.: 9 41 35

## Andere Farben - ähnliche Politik

## Kommt jetzt Schwarz-Rosa statt Jamaika?

Zum Abbruch der Verhandlung über die Schwarz-Grün-Gelbe Koalition durch die FDP meinte DKP-Vorsitzender Patrik Köbele: „Es ist schwer zu sagen, ob und welche Interessen einer Fraktion des Großkapitals die FDP zu diesem Schritt bewegen haben oder ob es sich dabei um ihr Eigeninteresse handelte, sich als ‚bürgerliche‘ AFD zu profilieren. (...) Die Arbeiterbewegung, die fortschrittlichen Kräfte unseres Landes sind auf jeden Fall gut beraten, wenn sie sich weniger den Kopf über die Bewältigung dieser „Krise“ im bürgerlich-parlamentarischen Sinn machen, sondern vielmehr über die Intensivierung von (Abwehr-)Kämpfen nachdenken.“

Aber ach, es ist schon ein Jammer mit der SPD-Spitze: Sie schielt wieder einmal nach den Fleischtöpfen der Macht, um ihren Leuten, die meist nie richtig gearbeitet haben, die Arbeitsplätze im Parlament zu erhalten – das bringt zunächst mal mehr, als an der Schuppe und das bringt später noch besser bezahlte Posten in der Industrie. Während die SPD-Mitglieder an der Basis und im Rat der Stadt Bottrop immer noch hoffen, dass sich die Situation der Gemeinden irgendwann einmal zum Besseren wendet, hat die Spitze ihrer Partei die Wende zur parlamentarischen Goldgrube längst vollzogen.

Sie hat unter Schröder Hartz IV und Rente mit 67 möglich gemacht, unter Merkel so gut wie jede Schweinerei unterstützt und dafür in NRW und im Bund die Wählerquittung bekommen. Was hat sie daraus gelernt? Nur, sich jetzt noch etwas zu zieren, bevor es ans Mitregiertwerden geht.

**Letztendlich ist es fast egal, welche Farben die Regierungen in der BRD tragen. Die Farbe der Regierung ist immer die Farbe des großen Geldes, solange sich daran nichts ändert – solange SIE, liebe Leser, daran nichts ändern. Das ist auch der Grund dafür, warum das „K“ in DKP für „Kommunistische“ steht“!**

Jörg Wingold, Tel.: 68 59 11

**Klötzchenbau als Fremdkörper**

# So sieht „Nachverdichtung“ bei Vonovia aus



**Oben: Nachher**

**Unten: Vorher**



Am 21. August hatte DKP-Ratsherr Michael Gerber die Bürger der Siedlung „Am Trappenhof“ informiert, dass der Immobilienkonzern Vonovia die Grünfläche und den Spielplatz mit einem dreigeschossigen Wohngebäude samt Parkplatz zubauen will. Die versammelten Bürger waren empört und wollten die massive Verschlechterung der Wohnqualität ihrer grünen und kinderfreundlichen Siedlung nicht akzeptieren. Die DKP kritisiert, dass eine Überbauung des Spielplatzes und der Grünfläche eine massive Beeinträchtigung des Siedlungscharakters und der Wohnqualität bedeutet. Insbesondere den Kindern werden Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten genommen. Erfreulicherweise ist in den letzten Jahren die Anzahl der Familien mit Kindern wieder angestiegen. Als Alibi ist in dem Bauantrag ist jetzt ein „Spielplatz“ mit 80 qm vorgesehen.

Die DKP hatte den Oberbürgermeister aufgefordert, keine Baugenehmigung zu erteilen. Die betroffenen Bürger sammelten Unterschriften, sind aber dann mit dem Beginn der Baumaßnahmen vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

Nun steht der Neubau wie ein Fremdkörper mitten in der gewachsenen Siedlung. Angeblich hatte die Stadt keine juristische Möglichkeit, die Baugenehmigung zu verweigern. Die Stadt hätte aber eine Veränderungssperre erlassen und einen Bebauungsplan für den Trappenhof aufstellen können. Im Widerspruch zu schönen Plänen der Stadt wurde die Vonovia auch nicht verpflichtet, Sozialwohnungen zu errichten.

**Manfred Plümpe, Tel.: 9 41 35**

**Vorläufiger Erfolg**

# Kein Bus durch die Velsenstraße

In der Ratssitzung am 12. Dezember wurde der neue Nahverkehrsplan beschlossen. Mit dem Fahrplanwechsel im Sommer 2018 wird die Buslinie 262 nicht mehr durch die untere Rheinbabenstraße fahren. Die neue Route wird durch die Scharnhölzstraße und die Industriestraße führen. Damit wird das Industriegebiet neu für den ÖPNV erschlossen. Die Verwaltung hatte sich dagegen ausgesprochen. Stattdessen sollte der 262er durch die Velsenstraße fahren. Dagegen hatten sich erfolgreich die Anwohner gewandt. Für die Bewohner der Fishedickstraße und der oberen Rheinbabenstraße bedeutet die jetzige Änderung eine Entlastung, da statt zwei jetzt nur noch eine Buslinie diese Straßen befahren. Die jetzige neue Regelung soll erst einmal für zwei Jahre Bestand haben.

**Manfred Plümpe, Tel.: 9 41 35**



Sehr rührig waren die Bürger an der Velsenstraße: Der Asphalt wurde bemalt, gegen das „Beben“ durch die Busse, es gab ein Transparent „Roller statt Busse“, ein gelbes Ortsschild „Kinder/ Busse“, bei dem „Busse“ durchgestrichen war. Einfälle muss man haben!

**unsere zeit - Jetzt 4 Wochen gratis probelesen!**

Ich möchte die UZ einer Freundin / einem Freund empfehlen. Sendet die UZ 4 Wochen kostenlos an nebenstehende Adresse.

Mein Name: \_\_\_\_\_

Ich möchte die UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen. Bitte sendet sie an meine nebenstehende Adresse.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer: \_\_\_\_\_

PLZ / Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Das Abo endet automatisch, der Kontakt mit mir kann jederzeit beendigt sein. UZ Verlag.

Ans: **CommPress Verlag GmbH**  
Hoffnungstraße 18  
45127 Essen

Coupons einsondern oder per Mail schicken:  
info@unsere-zeit.de  
Tel.: 0201 - 17 78 89 23 Fax: 0201 - 17 78 89 28



**Kein Auf und Ab****Aufzug am Hauptbahnhof  
monatelang defekt**

Seit April waren die beiden Aufzüge im Bottroper Hauptbahnhof defekt. Nachdem die Bundesbahn die 20 Jahre alten Aufzüge ausgetauscht hatte, sollten sie Anfang Juni wieder in Betrieb gehen. Mitte August teilte die Bundesbahn mit, die Arbeiten lägen im Zeitplan. Als neuer Termin für die Inbetriebnahme wurde Ende August genannt. Doch auch dieser Termin verstrich ergebnislos. Nach dem Sommer ging auch der Herbst vorbei und die Bahnkunden warteten immer noch!

Bei der DKP waren massive Beschwerden von Bahnkunden eingegangen. Insbesondere Ältere, Menschen mit Kinderwagen oder Beeinträchtigungen und Reisepäck sind darauf angewiesen, die Aufzüge zu den Bahnsteigen zu benutzen. Auch die Mitarbeiter der Radstation am Hauptbahnhof waren empört über diese untragbare Situation.

Die DKP hatte sich daher schriftlich an den Oberbürgermeister gewandt und ein schnelles Handeln der Stadt eingefordert. Danach dauerte es nicht lang, bis der Lift endlich wieder in Betrieb genommen wurde.

**Birgit Lüdtkke-Jordan, Tel.: 0157-35351077**

**Impressum****Ich möchte:**

- Informationen über die DKP bekommen
- Einladungen zu Veranstaltungen haben
- Mitglied werden

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/ Ort: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_

**Herausgeberin:**

DKP-Ratsgruppe im Rat der Stadt Bottrop

**V.i.S.d.P.:** Michael Gerber, Germaniastr. 54, 46236 Bottrop

Tel.: 02041/ 68 81 57

Mail: dkp-bottrop@t-online.de

Auflage: 35.000

Druck: Kieldruck, Kiel

**Ratloshaus****Sanierung 2 Millionen  
teurer, als geplant**

So geht also die Verwaltung der Stadt Bottrop mit unseren Geldern um! Bereits nach einem halben Jahr betragen die neu kalkulierten Kosten für die Sanierung des Rathauses 11,5 Millionen Euro, das sind fast 2 Millionen mehr, als ursprünglich in der Kalkulation angegeben. Und das ist bestimmt noch nicht das Ende der Kostenentwicklung.

Die Ausgaben für einzelne Gewerke werden sich durch die stark gestiegene Baukonjunktur noch weiter erhöhen.

DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Es ist ein Skandal, wie die Mehrkosten für die Sanierung des Rathauses durch die Decke gehen. Zwei Jahre im Voraus hat die Verwaltung den Umbau geplant und trotzdem sind gravierende Fehler entstanden. Es wurde bei der Ausschreibung doch tatsächlich die Sanierung der Fassade des Rathauses vergessen. Dadurch entstehen jetzt Mehrkosten von 245.000 Euro! Die Förderung durch das Land ist allerdings in der Gesamtsumme gedeckelt und so bleibt die Stadt auf ihren Mehrkosten sitzen.“

Die Erklärung der Verwaltung, dass bei derart alten Objekten wie dem Rathaus eine Kostensteigerung von 30 Prozent keine Ausnahme sind, lässt die DKP so nicht gelten, das Ganze ist ein unverantwortlicher Umgang mit dem Geld unserer Bürger! Bei sorgfältiger Planung hätte der größte Teil der Mehrkosten durch die 90%-Förderung des Landes nur eine geringe zusätzliche Belastung des städtischen Haushaltes bedeutet.

Zusätzliche Kosten für die Unterbringung des Bürgerbüros im ehemaligen katholischen Stadthaus belaufen sich auf 310.000 Euro, hinzukommen noch etwa 185.000 Euro für die Anschaffung neuer Büromöbel.

Warum wurden das Bürgerbüro und andere städtische Dienststellen nicht kostengünstiger im Saalbau untergebracht? In dem großen Komplex ist zurzeit nur die städtische Druckerei untergebracht, Platz für andere Stadtämter wäre also genug vorhanden. Das ist mal wieder ein weiteres Beispiel für skandalöse Fehlplanungen der Stadtverwaltung!

**Birgit Lüdtkke-Jordan, Tel.: 0157-35351077**

**Dank der Spekulationen****Millionenverluste durch  
Schweizer Franken**

Mit der Finanzspekulation in Schweizer Franken hat die Stadt Bottrop einen Gesamtverlust von über 10 Millionen Euro gemacht. Ein letztes Darlehen läuft noch bis zum 28. Januar 2018 und weist einen Verlust von drei Millionen aus. In den letzten Jahren wurden bereits zwei Darlehen in Schweizer Franken mit einem Gesamtverlust von 7,2 Millionen Euro zurückgezahlt.

Die DKP kritisiert, dass es von Beginn an ein schwerer Fehler der Stadtspitze war, solche hochriskanten Finanzspekulationen unter Umgehung des Rates der Stadt abzuschließen. Die Verluste von über 10 Millionen Euro müssen die Bürger mit der Erhöhung der Grundsteuer B und den Streichungen sozialer Leistungen wie dem Bottrop-Pass bezahlen. Die politische Verantwortung dafür trägt die SPD-Verwaltungsspitze vergangener Jahre.

## Ab in die Tonne

## Gegen Gebührenerhöhung für Müll bei der BEST

Die Pläne der BEST, eine Gebühr für Sperrmüll einzuführen, wird von der DKP entschieden abgelehnt. Michael Gerber, Mitglied im Verwaltungsrat der BEST: „Mit einer Gebühr für Sperrmülltermine werden nur wilde Müllkippen im Stadtgebiet erzeugt. Durch deren Beseitigung entstehen wiederum unkalkulierbare Mehrkosten für die BEST, die von den Bürgern getragen werden müssen.“

Die DKP lehnt die Erhöhung der Gebühren für die Restmülltonne ab Januar 2018 um 5 Prozent entschieden ab. Laut Berechnungen der BEST steigt der Gebührenbedarf bei der Restmülltonne um 561.000 Euro. Dieser steigende Gebührenbedarf muss nicht automatisch zu höheren Müllgebühren führen. Seit Jahren kritisiert die DKP, dass den Bürgern über die Höhe der kalkulatorischen Kosten massiv in die Taschen gegriffen wird. Dies hat jüngst auch der Bund der Steuerzahler an den städtischen Gebühren in Bottrop kritisiert.

Für die kalkulatorischen Kosten bei der BEST werden bei einem Prozentsatz von 6,37 Kosten von 2 Millionen Euro berechnet. Bei einem Prozentsatz von 4,5 Prozent werden 590.000 Euro eingespart. In diesem Fall können die Müllgebühren konstant gehalten werden. Ähnlich verhält es sich bei den Gebühren für die Straßenreinigung. Hier sollen die Gebühren um 3,6 Prozent steigen. Würden die kalkulatorischen Kosten auch bei diesen Gebühren nur mit 4,5 Prozent berechnet werden, bräuchten die Kosten für die Straßenreinigung nicht angehoben werden. Beim Winterdienst steigen die Kosten sogar um 60 Prozent! Auch hier treiben die kalkulatorischen Kosten die Gebühren in die Höhe.

Ab 2018 muss die BEST jährlich 300.000 Euro an den Haushalt der Stadt abführen. Die DKP ist der Meinung, dass es nicht die Aufgabe der BEST ist, die Finanzlücken der Stadt zu stopfen, sondern zuverlässig und preiswert die Stadtreinigung und Müllabfuhr für die Bürger anzubieten!

Günter Ziemmek, Tel.: 0157-70347922



Das alte Wappen von Bottrop auf die Wade eines jungen Mannes tätowiert - das ist doch mal was!

## Anteil an Flughafen aus der Portokasse

## Geschenk an Industriellen für schlappe 1.278,23 Euro

An den Chef von Ferrostaal, Klaus Lesker, sind fünf Prozent von den bisherigen 49 Prozent Anteil der Stadt Bottrop am Stammkapital der Flugplatzgesellschaft zu einem Spottpreis von 1.278,23 Euro praktisch verschenkt worden.

Die DKP forderte, dass vor einem Verkauf von Gesellschaftsanteilen ein unabhängiger Gutachter den wahren Wert der Flugplatzgesellschaft mit den Flugzeughallen, der 1.500 Meter langen Start- und Landebahn sowie der gesamten Infrastruktur feststellt. Im Beteiligungsbericht 2016 der Stadt Bottrop wird nämlich das aktuelle Anlagenvermögen der Flugplatzgesellschaft mit 3.880.522 Euro angegeben!

Grundsätzlich befürwortet die DKP einen Ausstieg der Stadt aus der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide. Seit dem Jahr 2000 hat der Flugplatz insgesamt rund 3,7 Millionen Euro Verluste gemacht. Der Verlustausgleich der kommunalen Gesellschafter betrug in dieser Zeit insgesamt 3,5 Millionen Euro. Die Stadt Bottrop hat davon ca. 1,7 Millionen Euro gezahlt. Der Flugplatz und auch das geplante angrenzende Gewerbegebiet ist ein Beispiel für eine fehlerhafte Wirtschaftspolitik.

Die Stadt erhofft sich, dass sich der künftige Betriebskostenzuschuss mit dem Verkauf von Gesellschaftsanteilen an den Bottroper Geschäftsmann Klaus Lesker jährlich um ca. 12.000 Euro verringert. Dies kann sich schnell als Irrtum herausstellen. Sollte sich nämlich der neue private Miteigentümer den anteiligen Betriebskostenzuschüssen entziehen, muss die Stadt Bottrop auch für ihren veräußerten Geschäftsanteil Ausfallbürgschaften übernehmen. Dies ist nach § 87 der Gemeindeordnung nicht zulässig. DKP-Ratsfrau Irmgard Bobrzik: „Die Stadt Bottrop benötigt dringend Geld für soziale Aufgaben – und beschäftigt sich stattdessen damit, millionenschweren Industriellen den roten Teppich auszurollen.“

Irmgard Bobrzik, Tel.: 6 20 20

## Termin vormerken!

## Gleich zwei DKP-Nikoläuse



Wie jedes Jahr verteilte auch 2017 wieder der DKP-Nikolaus Süßes an die Braven und die Rute an die Bösen. Hier im Eigen gab es gleich zwei Nikoläuse - die Kinder freute es ebenso wie ihre Eltern!

## An Emschergenossenschaft

# Kanäle: Vor Übertragung wird gewarnt!

Die Emschergenossenschaft, der Lippeverband und der Ruhrverband hatten im Juli Vertreter der Ruhrgebietsstädte in den Essener Saalbau zu einer Veranstaltung zum Thema „Übertragung kommunaler Kanalnetze auf die Wasserverbände“ eingeladen. An der Tagung hatten auch Vertreter der Stadt Bottrop teilgenommen. Nach einer gesetzlichen Änderung soll der Emschergenossenschaft auch der Betrieb städtischer Kanalnetze ermöglicht werden.

Eine Übertragung des Kanalnetzes an die Emschergenossenschaft lehnt die DKP entschieden ab. Die Entscheidungen über eine Sanierung oder Nichtsanierung von Kanälen würden dann nicht mehr in Bottrop getroffen, sondern bei der Emschergenossenschaft. Auf diese Entscheidungen hat Bottrop dann einen wesentlich geringeren Einfluss. Dies wäre eine Einschränkung der kommunalen Demokratie und der Kontrolle durch die Bürger. Das Bottroper Kanalnetz hat einen großen Sanierungsbedarf. Die mangelnde Steuerung der Sanierung von Straßen und Kanalnetz ist schon bei alleiniger Trägerschaft der Stadt ein ständiges Ärgernis. Wird diese Aufgabe an die Emschergenossenschaft übertragen, droht künftig ein Chaos im Baustellenmanagement. Mit der Übertragung würde nämlich auch das zuständige städtische Personal zur Emschergenossenschaft wechseln und die Emschergenossenschaft müsste ständig mit der Stadtverwaltung Sanierungen, Baustellen und natürlich Kosten aushandeln. Dass außerdem über kurz oder lang auch beim Personal gestrichen wird, ist eine ernstzunehmende Gefahr.

Auch eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts wie die Emschergenossenschaft bietet keinen Schutz davor, dass die NRW-Landesregierung nach dem Motto „Privat vor Staat“ die Wasserwirtschaft nicht künftig dereguliert und Finanzhaien öffnet. Jede Einschränkung der kommunalen Trägerschaft ist daher abzulehnen.

Michael Gerber, Tel.: 9 62 27

## Soll den Namen auch verdienen

# Für ein Sozialticket im ganzen Land

Die heftigen Proteste gegen die Ankündigung der NRW-Landesregierung, das Sozialticket abschaffen zu wollen, haben Wirkung gezeigt. So hat die Regierungskoalition aus CDU und FDP jetzt angekündigt, dass das Sozialticket bestehen bleiben solle. Verschiedene Sozialverbände und Initiativen, aber auch die DKP, wollen den Druck trotzdem aufrechterhalten.

Es dürfe nicht darum gehen, die Kürzung nur abzuwehren, vielmehr müsse nun „für eine deutliche Verbesserung des Sozialtickets“ gestritten werden, stellte der Erwerbslosenverein Tacheles aus Wuppertal klar. Es gilt, jetzt eine Debatte anzustoßen, die eine deutliche Verbesserung der Mobilität von Menschen mit geringem Einkommen, eine Erhöhung der Landesmittel für das Sozialticket und einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs insgesamt zum Ziel habe. Am 27. Januar soll eine landesweite Konferenz in Wuppertal zum Sozialticket durchgeführt werden, auf der die bestehenden Forderungen zum Thema gebündelt und gemeinsame Handlungsoptionen ausgelotet werden sollen.

Derzeit wird das NRW-Sozialticket, für das landesweit rund zwei Millionen Menschen berechtigt wären, lediglich von 300.000 Personen genutzt. Es ist ihnen zu teuer und der Gebrauchswert ist beschränkt. Im Regelsatz von 409 Euro für Arbeitslosengeld-II- und Sozialhilfebeziehende sind lediglich 27,39 Euro für den Personennahverkehr vorgesehen. Wenn sich Leistungsberechtigte heute ein Sozialticket zum Monatspreis von 37,80 Euro kaufen, müssen sie schon zehn Euro bei anderen Bedarfen zum Lebensunterhalt einsparen, kritisierte der Verein Tacheles.

Die DKP kritisierte in den letzten Jahren mehrfach die ständige Verteuerung des VRR-Sozialtickets. Der Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) hat zum 1. Januar 2018 eine durchschnittliche Erhöhung der Tarife um 1,9 Prozent beschlossen. Zum 1. Oktober 2017 trat bereits eine vorgezogene Erhöhung des VRR-Sozialtickets um 2,25 Euro auf 37,80 Euro in Kraft. Damit verteuerte sich das Ticket um sechs Prozent, seit Einführung vor fünf Jahren damit um 26,4 Prozent. Die Hartz-IV-Sätze haben sich in der gleichen Zeit nur um 9,4 Prozent erhöht. Die DKP fordert ein kostenfreies Sozialticket in NRW.

Irmgard Bobrzik, Tel.: 6 20 20

## Arm und reich nicht gleich

# Der wahre Sinn von Rentenkürzungen

Im Jahr 2015 starb jeder vierte Mann und jede achte Frau vor ihrem 67. Geburtstag. Das ist der wahre Sinn der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.

Männer, die im Alter über weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügen, sterben 11 Jahre früher als diejenigen, die über das 1,5 fache verfügen. Das ist der Sinn der Senkung des Rentenniveaus auf zurzeit 48 Prozent und auf 43 Prozent 2030.

Claus Hinsch im SeniorenEcho der IG Metall 36/2017

**Das Ende des Bergbaus**

# Arbeit geht verloren - die Menschen bleiben



Bottrop — Zeche Prosper II

**In diesem Jahr soll der Steinkohlenbergbau in Bottrop beendet werden. Eine lange Geschichte von Arbeit geht zu Ende, welche die Stadt und damit die Menschen in Bottrop dauerhaft geprägt hat.**

Nicht nur das Dorf Bottrop veränderte sich nach Abteufen des ersten Schachts im Jahre 1856: Es kamen immer mehr Menschen zur Arbeit im Bergbau nach Bottrop, die Bergwerke prägten das Gesicht der Stadt: Durch ihre Bauten, durch die Wohnungen, die kleinen Häuser, die errichtet wurden und natürlich den Schmutz.

Aber auch die Solidarität unter den Bergleuten wurde zu einem über ein Jahrhundert dauernden Kennzeichen des Umgangs der Menschen untereinander. Man kannte und man kennt sich, schließlich war man unter Tage aufeinander angewiesen.

Da machte es auch nichts aus, woher ein Bergmann kam, in erster Linie war er Bergmann - die Gefahren vor Ort waren groß. Auch die Gewerkschaft der Bergarbeiter konnte sich auf die Kumpels verlassen: Wenn sie rief, dann kamen sie. Leider gab es aber auch genug Anlässe, bei denen sich die Kumpels nicht auf jeden Bergarbeiterfunktionär verlassen konnte und so mancher Betriebsrat wusste nicht mehr, wohin er gehörte, wenn er bei der Ruhrkohle im Aufsichtsrat saß. Umso beliebter waren die Bottroper Kommunisten auf der Zeche. Auch während des KPD-Verbots wurden Männer wie Clemens Kraienhorst zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt, weil – und obwohl!

– jeder wusste, wo er politisch stand. Das passte nicht jedem und mindestens einen Versuch gab es, ihn zu kaufen – was er natürlich ablehnte. Und auch seine Gewerkschaft hat ihn mal ausgeschlossen, er hatte die Gewerkschaftsbeschlüsse ein wenig zu eifrig umzusetzen versucht!

Was also bleibt vorerst und was also sind die Gefahren des Endes des Bergbaus in Bottrop? Da sind zunächst einmal die Bergbauschäden, die in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten Kosten verursachen werden. Da sind die Umweltsünden, die von den Kohlekonzernen begangen wurden, die jeder, der mit offenen Augen durch die Stadt und das Grün geht, bemerken kann, wenn er will. Und es werden Gebäude und Flächen übrig bleiben – bis heute ist noch nicht klar, in welchem Zustand die Areale sind, ob sie und wie sie bebaut werden können. Und es werden Erinnerungen bleiben, in einigen Jahrzehnten werden es nur noch Erinnerungsstücke in Museen sein.

Hier hat die Stadt Bottrop eine Reihe von Pflichten:

- Endlich eine Übersicht zu veröffentlichen, welche Folgekosten zu erwarten sind und was und wie die Spuren des Bergbaus – Gebäuden und Flächen – nutzbar sind,
- neue Arbeitsplätze zu schaffen, um die Verluste im

Bergbau zu ersetzen,  
 - das Erbe des Bergbaus museal aufzuarbeiten und vor allem  
 - nicht zu vergessen, dass die Solidarität der Bergleute, ihrer Familien, Kinder und Enkel nicht überreizt werden darf: Sie haben auch gelernt, sich zu wehren!



Bottrop i. W. Eingang zur Zeche Prosper III.

**Die DKP wird alles tun, um die positiven, aber auch die negativen Folgen des Endes des Steinkohlebergbaus in unserer Stadt und damit in Deutschland nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.**

**Herbert Dibowski, Tel.: 33 8 55**



BOTTROP-EIGEN. Eingang der Rheinbänschächte